Weltwochenschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **27 (1937)**

Heft 48

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Urschweizerzorn — Waadtländerwahlen

Man sieht die Linie, die eingeschlagen werden soll, recht deutlich auf dem welschen Boden: Nach dem Verschwinden der Kommunisten gilt der Angriff den nun auf der „äußersten Linken" stehenden Organisationen der lohnarbeitenden Schichten, die aus altem Haß neu gehaßt werden müssen. Und wären sie „zahm wie Grütlianer" geworden, gesündigt haben sie, als sie an eine Revolution geglaubt, als sie das Volk zerspalten, als sie Wege gingen, die von der parteienlosen Einheit eines patriotischen Volkes hinwegführten. Und darum: Zusammenreiten, so oder so . . .

Wir sehen in dieser Mentalität eine schlimme Gefahr, umsomehr, als sie sich unverhüllt auch auf deutsch-schweizerischem Boden zu zeigen beginnt; die Aeußerungen aus der Innerschweiz, die uns an den Geist des Saubannerzuges aus den Burgunderkriegen erinnert, werden häufiger. Die Stimmung gegen die „roten Städte" quillt auf; Resolutionen, wie die vom „Rütlischießen", lassen fragen, ob der Alkohol oder die rabiate Empörung gegen den „sozialen Staat" die auffallende Schärfe erzeugt habe. Der innerschweizerische Bauernbund reitet Pferde ein, die zur Attake gegen sämtliche sozial wichtigen Ausgaben des Bundes bestimmt scheinen; zwei Rappen Milchpreiserhöhung auf den 1. Februar 1938 . . . das hat er den zentralschweizerischen Milchgenossenschaften aufgezwungen, und der zahmere Vorstand dieses Verbandes soll nun die Forderung vertreten. Im übrigen wollen diese Leute von der urschweizerischen Front die Käseunion ausräuchern und alle Sekretäre zum Teufel jagen; der Bund soll ruhig aufhören, mit seinen Subventionen die Milchpreise zu stützen . . . dem Bauern nützt das gar nicht. Nur Bauernselbsthilfe, die den Preis diktiert!

Wenn diese, die welschen und andere Strömungen eines Tages zusammenkommen, werden wir wahre Stürme der Reaktion erleben!

Im Waadtland ist Generalprobe für das Zusammenreiten der Linken abgehalten worden. Lausanne verlor die rote Mehrheit, die es vor vier Jahren infolge bürgerlicher Zwiste erhalten; durch das ganze Land ging der Sturm der gemeindlichen Bürgerblöcke gegen die roten Parteien und Gruppen. Mit bescheidenem Erfolg. Gerade mit jenem Erfolg, der zur Besinnung rufen sollte. Der aber, teils aus Aerger über nicht errungene Totalsiege, teils aus vorgefaßten Absichten, nicht mehr zu ruhen, bis der Gegner aufgerieben sein wird, die Stimmung im Waadtland zu verschärfen droht.

Die „Wahlgeometer", die bei weiterm Wachstum der roten Stimmen ein rotes Lausanne und mehrere rote Gemeinden „nach 1940" sehen, hätten vielleicht recht. Hätten! Allein, es spielt da ein großes X mit. Die „Stimmung" ist bedenklich anders geworden, als sie noch vor 5 Jahren war. Die „Linke" gehört . . . stimmungsmäßig . . . nicht mehr zu den Parteien, denen man das „Recht auf Chancen" zubilligt. Man sucht nach Gründen, um ihnen die Chancen total zu zerstören. Das ist das Geheimnis, das viele nicht verstehen wollen.

Blick seitwärts

Man ist hypnotisiert von den Vorgängen in China und Spanien. Man sieht und hört nichts mehr als den Schlachtenlärm. Man horcht, ob das Kriegsgewitter sich unsern Gegenden nahe. Man beobachtet die Schlechtwettermacher überall dort, wo sich Wolken bilden, so in Brasilien, in Sansibar, bei den Arabern, in Zentralafrika, in Indien. Man lauscht ängstlich, was die Herren tun, die mit den Hagelkanonen auffahren müßten, um die schlimmen Wetter zu zerstreuen.

Und über dem Beobachten entgehen einem allerlei Entwicklungen, die auf die Dauer wichtiger erscheinen werden, als die Katastrophen mitsamt den Katastrophenmachern. So ergeht es einem immer wieder mit Nordamerika, das seine eigenen Wege geht und auch keine Miene macht, sich um die andern Kontinente viel zu kümmern. Selbst dort, wo scheinbar wichtige Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, wie in China, spürt man keine Tätigkeit der USA. Auch jetzt nicht, wo die Chinesen die wichtige Verteidigungslinie zwischen Yangtse und der Bucht von Hangtschau, mit dem „chinesischen Venedig", der alten Stadt Sutschau (oder Suchow), preisgeben müssen und in einem Tempo rückwärts gehen, das an den Zusammenbruch erinnert.

Man könnte fragen, warum Amerika einen solchen Zusammenbruch geschehen lasse. Warum es seinem Erzgegner im Stillen Ozean Gelegenheit und Zeit lasse, seine Kräftebasis zu verdoppeln und zu vervielfachen. Weshalb es die Räumung Nankings tatenlos hinnehme und der Verlegung des chinesischen Regierungssitzes weit hinten in die Provinz Szetschwan ohne Alarm zuschaue. Ja warum?

USA sind mit sich selbst beschäftigt. Es ist eben nicht so, daß die außenpolitischen Objekte einer Nation zu allen Zeiten gleich wichtig sind. Stagnierende Staaten scheinen nicht mehr über die Grenzen hinaus denken zu können; aber auch Staaten, die mit innern Auseinandersetzungen beschäftigt sind und ihnen nicht ausweichen, meiden riskante Unternehmungen in der Fremde. Das Vorrecht der „aktiven Außenpolitik" gehört immer den Völkern, die hoffen, das Ausland werde die nötigen Entschädigungen aufzubringen haben; nur wer mit eigenen innenpolitischen Sorgen nicht fertig wird, oder solche nicht aufkommen lassen will, geht auf Abenteuer aus.

Die Vereinigten Staaten verzeichnen gegenwärtig einen lange vorbereiteten Angriff des Finanzkapitals gegen den Kurs Roosevelts. Wer aufmerksame Ohren hatte, hörte die Minierarbeiten unter der Oberfläche des amerikanischen Wirtschaftslebens. Da ging wieder, wie vor einem Jahr und vor zwei Jahren, die Rede, Roosevelts Anhang schwinde von Tag zu Tag. Die eigene Partei wende sich von ihm ab. Es werde ihm übel genommen, daß er mit dem Gründer der Industriegewerkschaften, dem Herrn Lewis, sympathisiere. Der „New Deal" enttäusche seine Anhänger auf der ganzen Linie. Die Farmer seien unzufrieden, die Arbeiter ebenfalls, die Industrie desgleichen. Kurz und gut, es sah so aus, als ob Roosevelt demnächst mit einem ähnlichen Zusammenbruch wie vor Zeiten Wilson aus dem politischen Leben scheiden müsse.

Tönte es nicht genau so . . . schon mehrmals? Und strafte nicht seinerzeit die beispiellos siegreiche Wiederwahl des Präsidenten das ganze Verleumderheer Lügen?

Diesmal aber schien es wirklich ernst zu werden. Ernst in dem Sinne, daß die Wirtschaft vor einem Zusammenbruch zu stehen schien, aus der Wirtschaft selbst die Beweise kamen, daß der ganze Kurs des „neuen Mannes" vor dem Bankerott stehe. Kurz und gut, die „Börsen", diese angeblichen Barometer des Wirtschaftsstandes, warteten mit Kurseinbrüchen auf. Mit Zusammenbrüchen gewisser Rohstoffpreise. Mit einer beginnenden Panik auf dem Aktienmarkte. Im amerikanischen Publikum erwachten die Erinnerungen an die schwarzen Tage von 1929.

Der Ansturm scheint heute abgeschlagen. Und man darf annehmen, daß er wenigstens gestoppt sei. Die Verlautbarungen der Regierung, 1937 sei nicht 1929, haben einen ironischen Unterton. Sie sagen nicht nur, was sie zu sagen scheinen, sie enthalten auch eine Versicherung an die Saboteure, die Regierung des „New Deal" sei keineswegs so ohnmächtig wie seinerzeit Hoover, dem ja nicht im Traum eingefallen war, der Staat könnte etwas gegen den Zusammenbruch unternehmen. Sie stellen die Störefriede vor die Wahl, sich anständig aufzuführen oder einen Krieg mit der Regierung zu riskieren.

Das ist das grundsätzlich Neue. Daß dem Publikum alle Gründe aufgezählt werden, warum es nicht zu einer Kata-

strophe wie 1929 kommen könne, hat seinen psychologischen Sinn, unterrichtet aber gleichzeitig die Spekulanten, warum sie sich keine Hoffnung machen sollen. Der Kredit ist nicht „überzogen", die Kapitalinvestitionen haben keine untragbare Höhe erreicht, die Warenlager sind nicht überfüllt, die Rohstoffe überschwemmen die Stapelplätze nicht, der Bedarf der Welt zieht weiterhin an, die Kaufkräfte im Lande sind aktiv und gehen keineswegs zurück. Also, was wünschen die Herren?

Was sie wünschen, ist der Sturz des Präsidenten, der eine Reihe unbequemer Kontrollmaßnahmen eingeführt hat und weitere einführen will, um zu verhindern, daß die Börse als „falsches Barometer" funktioniere. Man darf heute sicher sein, daß Roosevelts Gehirntrust mit radikalen Eingriffen antworten würde, falls die Spekulanten mit ihrem „Geldstreik" die Preise ins Rutschen, das Geschäftsleben ins Stagnieren brächten und „die Krise machen" würden! Vorderhand sind ihre Pläne mißlungen. Aufgegeben sind sie nicht. —an—

* * *

Der Luftschutz im Ausland

In England.

Wie aus zuverlässiger Quelle zu entnehmen ist, wird in England die Frage geprüft, die unterirdischen Stollen, Höhlen und Grotten im ganzen Lande auf ihre Eignung als Luftschutzräume für die Zivilbevölkerung zu prüfen. Techniker und Experten sind gegenwärtig daran, die notwendigen Feststellungen zu machen. Auch wird die Möglichkeit geprüft, in ausgebeuteten Kohlenschächten Lebensmittelmagazine anzulegen. Die Idee, die Grotten und Höhlen als Unterkunftsräume zu benützen, ist allerdings nicht neu, indem schon während des Weltkrieges die Einwohner der Landschaft Kent die Höhlen als Unterstände benützten.

Luftschutzräume in Paris.

Nebst der für den Kriegsfall vorgesehenen Evakuation eines großen Teils der Bevölkerung von Paris, wird z. Zt. den Schutzräumen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. So existieren in der Hauptstadt 27,526 Schutzräume in Privathäusern, in denen 1,720,000 Personen Aufnahme finden können. Die Frage großer Schutzräume ist ebenfalls seit langer Zeit geprüft und auch bereits zwei Strecken der Untergrundbahn zu Schutzräumen ausgebaut, die je 4—5,000 Personen Unterkunft bieten können. Weitere Teile der Untergrundbahn werden ebenfalls als öffentliche Schutzräume vorbereitet und durch Ueberdruckanlagen gassicher gemacht, sodaß ca. 500,000 weitere Personen Schutz finden können.

* * *

Kleine Umschau

Die Welt dreht sich ganz ruhig weiter fort, trotzdem ich mich eigentlich nicht mehr so recht mitdrehen kann. An lokalen Ereignissen ermangelt es absolut nicht, nur leider bekomme ich sie immer erst in zweiter Hand durch die Presse zu Gesicht und das ist eigentlich nicht mehr das Richtige, besonders aber nicht am „Zibelemärit". Die schönsten Bilderreportagen und geistreichsten Schilderungen können die Wirklichkeit nicht ersetzen, erleben kann man den „Zibelemärit" nur, wenn man selber dabei ist.

Außerdem häuft sich aber derzeit die „Geschichte" Berns wieder. Heute der Zibele- und Chachelimärit, ausnahmsweise ohne „Schütz", die ja aus verkehrstechnischen Gründen schon früher abgehalten werden mußte und am Ende der Woche die Abstimmung über die „Freimaurerei" und über die „Zukunft der Hunde", wobei z'Bärn vielleicht die letztere die Gemüter noch viel mehr vom Grunde aufwühlt, wie die erstere. Denn bei den Hunden geht's vielfach auf Leben und Tod der Hunde, d. h. derjenigen Hunde, deren Besitzer nicht mehr „hundesteuerzahlungsfähig" genug sind. Nun wenn ich auch sonst kein absoluter „Neinsager" bin und ganz gerne Kompromisse mache, so bin ich im Hundefalle doch für ein ganz entschiedenes „Nein", denn die armen Köter sind doch an unserem Finanzdebacle ganz entschieden unschuldig. Der Staat aber zieht, nach seiner eigenen, wiederholten Versicherung auch keinen Nutzen aus dem Ding und schließlich das „Stolze Bärn" sollte sich schämen, seinen Hunden noch bei lebendigem Leib das Fell abzuschinden. Und zwischen diesen beiden Ereignissen liegt dann am 24./25. die große Verdunkelungsprobe, die ihre Schatten nun beliebig in vorhinein oder in nachhinein auswerfen kann. Und die gibt auch mehr zu denken, als man eigentlich glauben würde.

Mit dem Verdunkeln unserer häuslichen Herde, öffentlichen Gebäude und Verkehrsanstalten allein ist es ja nicht getan. In der betreffenden Verfügung des Militärdepartements heißt es, daß der Zweck der angeordneten Uebungen darin besteht, die für den Fall der Kriegsgefahr als „Dauerzustand" vorgesehene, allgemeine Verdunkelung zu erproben. Es sei deshalb besonderes Gewicht daraufzulegen, daß das öffentliche Leben trotz der Verdunkelung weitergehe, wie dies ja auch im Kriegsfalle notwendig sei. Und nun regt sich ein um unsere Zukunft besorgter Einsender in einem großen Berner Blatte fürchterlich darüber auf, daß die Postbüros von Muri und Gümligen am 24. November schon um 16 Uhr 30 schließen wollen. „Jetzt haben wir die Bescherung", meint er und spekuliert dann weiter: „Wenn es der eidg. Post, Dank der Eigenmächtigkeit der beiden Postbüros auch leichter sein wird, ihren Verpflichtungen in der Verdunkelungsnacht nachzukommen, so kann man doch nicht während der ganzen Kriegsdauer, — man denke nur an die 4 Jahre Weltkrieg, — die Postbüros Muri und Gümligen schon um 16 Uhr 30 sperren und dann wird bald der Tohuwabohu da sein. Die verdunkelte Kriegspost wird den Mehrandrang aus Muri und Gümligen nicht mehr bewältigen können; Briefe und Pakete werden sich in den Postzentralen stauen und die ganze Post wird eines schönen Tages überhaupt nicht mehr, oder doch nur sehr „verspätet" funktionieren. Unsere mustergültige Post kommt in Mißkredit, eine Postkrise setzt ein, Handel und Verkehr sind unterbunden und das alles nur, weil am 24. November Muri und Gümligen ihre Postbüros schon um 16 Uhr 30 geschlossen haben.

Ueberhaupt scheint der heutige November ein sehr händelsüchtiger Monat zu sein. Abgesehen vom Zürcher „Röntgenhofprozeß", der ja schließlich schon wegen seiner Großzügigkeit begreiflich ist, klagt bei uns z'Bärn ein Amtsrichter einen nicht ganz gut beleumdeten Querulanten auf Verleumdung, da dieser zu kühne Behauptungen über die Trinkfestigkeit des Richters aufgestellt hatte. Aber endlich sagte doch vor ein paar hundert Jahren der alte Rodensteiner: „Man spricht vom vielen Trinken stets, doch nie vom großen Durste." Und natürlich wenn man schon Pech hat, dann hat man es meist gründlich. Derselbe Amtsrichter wurde vom Obergericht in der „Zionistenexpertensache" gründlich desavouiert und nun wurde ihm auch die Führung eines Spionageprozesses entzogen, da er einen Fürsprech zum Uebersetzer ernannt hatte, der in der ganzen Geschichte nicht gerade engelrein dasteht. Nun, ich kenne den Herrn Amtsrichter, trotzdem ich weder als Angeklagter noch als Kläger je mit ihm zu tun hatte, als einen zwar etwas eigenwilligen, aber aufrechten und unbeeinflußbaren Herren. Aber eben: Wer Pech hat stolpert im Grase, fällt auf den Rücken und bricht sich die Nase. Und unser lammfrommer Prof. Dr. W. Pauli mußte nun auch einen Nidauer Landwirt wegen Verleumdung klagen. Weniger verwunderlich ist's, daß der Frontenführer Rolf Henne den Sekretär der freis. dem. Partei Zürichs wegen eines vertraulichen Rundschreibens klagte, in dem die Frontisten beschuldigt werden, bei der Kampagne gegen die Freimaurer 50,000 Mark ausländisches Geld verwendet zu haben. Aber auch der arme „Negus" von dem doch die Spatzen am Dache schon plappern, daß er sein letztes Auto in Lebensmittel umsetzen mußte, kann diese nicht in Ruhe verzehren. Ein Herr Leo Chertok ver-